



BULLETIN Außen- & Sicherheitspolitik

Magazin des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU

Ausgabe 2 / 2017

NEUER SCHWUNG FÜR EUROPA:

WARUM DEUTSCHLAND UND FRANKREICH IHRE
ZUSAMMENARBEIT INTENSIVIEREN MÜSSEN!

**Standpunkt:
Agenda Cyber-
Sicherheit**

Philipp v. Saldern

Präsident Cyber-Sicherheitsrat
Deutschland e. V.

PACTA SUNT SERVANDA

Kippt Washington den Atomdeal mit
Teheran, wird die Welt noch unsicherer

**DEUTSCHLANDS VERTEIDIGUNG
EUROPÄISCH DENKEN**



Florian Hahn MdB

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
LIEBE FREUNDE DES ASP,

das Ergebnis der Bundestagswahl hat die politische Landschaft fundamental verändert – mit zwei weiteren Parteien im Deutschen Bundestag und herben Verlusten für alle großen Parteien. Die veränderten Kräfteverhältnisse im Deutschen Bundestag werden sich auf die Politik der kommenden Jahre auswirken und alle Parteien müssen ihre Schlüsse aus den Wahlergebnissen ziehen.

Im Hinblick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen müssen wir uns als CSU im Klaren sein, dass gerade bei dem Thema Sicherheit – einem originär konservativem Wert – die Menschen Ergebnisse erwarten. Wir haben mit den Trendwenden für die Bundeswehr und dem Aufwuchs für den Verteidigungsetat sicherheitspolitisch viel erreicht. Nicht zuletzt mit der Vertiefung der europäischen Verteidigungsunion haben wir in der vergangenen Legislaturperiode einen großen Schritt in die Zukunft gemacht. Das gilt es jetzt fortzusetzen. Denn gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir in Europa noch enger zusammenarbeiten. Europa war immer dann stark, wenn der deutsch-französische Motor funktioniert hat. Auch jetzt müssen die richtungsweisenden Impulse für ein zukunftsfähiges Europa von einer aktiven deutsch-französischen Partnerschaft ausgehen. Der französische Staatspräsident Macron hat in seiner Europa-Rede folgerichtig die Frage der Sicherheitspolitik in das Zentrum seiner Vorschläge gestellt. Hier wird sich der Nutzen für Europa am stärksten manifestieren.

Deshalb widmet sich diese Ausgabe des „Bulletin Außen- und Sicherheitspolitik“ unter anderem der Frage, welche Erwartungen bei der Weiterentwicklung der europäischen Verteidigungsunion an die neue französische Regierung unter Emmanuel Macron und an Brüssel zu richten sind. Nach der Bundestagswahl gilt es mehr denn je, Europa handlungsfähig und leistungsstark zu machen. Dabei ist für mich klar: Die Europäische Union muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Die Menschen in Europa wollen in Sicherheit und Wohlstand leben. Bei diesen großen Themen brauchen wir ein starkes Europa. Wir haben Europa als Friedens- und Stabilitätsunion mit erfunden. An dieses Erbe wollen wir anknüpfen!

Weitere aktuelle Themen wie Cyber Security oder Risiken, die von dem Konflikt zwischen Nordkorea und den USA ausgehen, werden ebenfalls mit renommierten außen- und verteidigungspolitischen Experten im aktuellen Heft diskutiert. Ich freue mich auf die Debatte.

Mit besten Grüßen
Ihr Florian Hahn MdB,
Landesvorsitzender des ASP



Jean-Claude Barrère, Direktor der Charles de Gaulle Stiftung

ES IST ZEIT FÜR EINEN NEUANFANG IN DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERTEIDIGUNGSKOOPERATION

Am Donnerstag, den 5. Oktober, hat ein Expertengremium dem Staatspräsidenten Frankreichs Emmanuel Macron die „Revue de Défense“ übergeben, das Resultat eines Auftrags, den sie kurz nach der Präsidentschaftswahl erhalten hatten. Es ist zu erwarten, dass die Schlussfolgerungen in diesem Bericht in den kommenden Monaten Ziel zahlreicher Kommentare sein werden. Eines steht aber jetzt schon fest: Die Verteidigungspolitik Frankreichs soll sich zunehmend in Richtung einer europäischen Integration entwickeln. Das Motto „plus jamais ça“¹ von General de Gaulle, das sich auf die Vermeidung einer erneuten Besetzung von Frankreich bezieht, wird durch ein „on ne peut plus continuer comme cela“² von Präsident Macron ersetzt. Für ihn ist klar: Die Europäische Union muss auch militärisch einsatzfähig sein. Dies ist jedoch nur möglich, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die französische und die deutsche Betrachtungsweise müssen sich annähern

In der Verteidigungspolitik Frankreichs hatte jede Ära einen eigenen Ansatz. Die Nachkriegszeit war vom Wiederaufbau der Rüstungsindustrie geprägt. Die anschließende Epoche General de Gaulles kann als großer Wendepunkt betrachtet werden. Sie war durch die Entkolonialisierung und die Entwicklung einer eigenen nuklearen Verteidigungsfähigkeit gekennzeichnet. Darauf folgte der Austritt der französischen Streitkräfte aus der integrierten NATO-Struktur. In den 70er- und 80er-Jahren wuchs das französische nukleare Abschreckungspotenzial – übrigens politisch völlig im Konsens mit Deutschland. Frankreich wurde zum Akteur im Ost-West-Dialog, was sich in der Krise um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa äußerte. Später in den 90er-Jahren wurden die Streitkräfte professionell aufgestellt und an die zunehmenden Auslandseinsätze angepasst. Die Jahre zwischen 2000 und 2010 waren schließlich von einer engeren Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte im Kampf gegen den Terror geprägt.

Wenn der Zeitraum von 2020 bis 2030 die Ära einer gemeinsamen europäischen Verteidigung werden soll, muss es Frank-

¹ So etwas nie wieder

² Wir können nicht mehr so weiter machen

reich und Deutschland gelingen, ihre Ausrichtung und ihre Ziele zu vereinheitlichen und besser zu koordinieren.

2. Die deutsch-französische Führungsrolle muss gestärkt werden

Das Vorhaben einer gemeinsamen europäischen Verteidigung lässt sich nicht auf das berühmte Zwei-Prozent-Ziel der NATO reduzieren, sondern sollte die gemeinsame Einsatzfähigkeit von europäischen Kampfverbänden ins Zentrum stellen. Dass Deutschland sich im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und bis heute im afrikanischen Raum engagiert, ist unbestritten. In Frankreich herrscht jedoch der Eindruck vor (gerechtfertigter Weise oder nicht), dass allein die USA, Großbritannien und Frankreich die Fähigkeit und die Willenskraft aufbringen, ihre Streitkräfte einzusetzen und Krisen gemeinsam zu bewältigen. Das hat dazu geführt, dass diese drei Mächte eine unvergleichliche Interoperabilitätsfähigkeit entwickelt haben.

Nach der Durchführung des Brexit wird Frankreich als einziges Mitglied der Europäischen Union diese bewährte Aufgabe mit den USA fortsetzen können. Es ist immerhin noch nicht absehbar, ob die Briten die weitere Entwicklung einer europäischen Verteidigung unterstützen werden. Man sollte hier jedoch nicht allzu pessimistisch sein, denn wie könnten sie ansonsten weiterhin den Posten des „Deputy Saceur“ bei der NATO rechtfertigen?

Frankreich kann nicht das einzige EU-Mitglied dieser Führungsgruppe USA-Großbritannien-Frankreich bleiben. Wenn die Europäische Union eine tragende Rolle im Bereich der Verteidigung einnehmen soll, muss diese Gruppe zweifellos erweitert werden oder anders gesagt: Es wird höchste Zeit, dass andere europäische Länder – insbesondere Deutschland – dieser Führungsgruppe beitreten.

3. Die deutsch-französische Freundschaft muss erneuert werden

Dank General de Gaulle und Kanzler Adenauer wurde durch die deutsch-französische Freundschaft die Entwicklung der Europäischen Union vorangetrieben. Und auch ihre Nachfolger sind diesem Weg gefolgt. Durch sie ist die Europäische Union zu dem geworden, was sie heute ist.

Im Bereich der Verteidigung reicht das deutsch-französische Engagement nicht aus. Im Geiste General de Gaulles hat Frankreich immer darauf geachtet, seine Entscheidungshoheit zu wahren und sich vor den Automatismen der Atlantischen Allianz zu schützen. Deutschland hingegen hat sich für eine Allianz mit den amerikanischen Freunden als Sicherheitsgarantie entschieden. Diese entgegengesetzten Haltungen sind der Ursprung für die Frustration mehrerer Generationen von Akteuren der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit. Begleitet wurde dies zudem von vielfältigen Ausflüchten und Verzögerungen zwischen der Europäischen Union und der Atlantischen Allianz. Um die Verteidigung der Europäischen Union weiterzuentwickeln, müssen Deutschland und Frankreich ihre unterschiedlichen Herangehensweisen aufgeben. Das gegenwärtige strategische Umfeld scheint für dieses schwierige Unterfangen günstig zu sein. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist das

Aufleben der deutsch-französischen Freundschaft wichtiger denn je, da sich in Frankreich der Eindruck gefestigt hat, dass diese besondere Beziehung, einst von Bonn initiiert, heute durch eine mitteleuropäische Kraft ersetzt wurde. Deshalb ist es wichtig, an den Enthusiasmus der Ära de Gaulle – Adenauer anzuknüpfen, in der es aufgrund der starken Freundschaftsbande noch gelang, alle Vorurteile zu besiegen und den Bau Europas voranzubringen.

4. Die Spannungen im Osten müssen beigelegt und eine neue Nord-Süd-Betrachtungsweise begründet werden

Die Erweiterung der EU nach dem Ende des Warschauer Pakts hat nicht nur den Schwerpunkt in Richtung Osten verschoben, sondern auch unterschiedliche Verteidigungsperspektiven hervorgebracht. Ein Großteil der Länder, die sich in den 90er-Jahren von der Sowjetherrschaft befreit haben, hat sich für die Europäische Union und für die NATO und somit für den Schutz durch die USA entschieden. Ihr Unmut gegenüber Russland und nicht das Bekenntnis zum gemeinsamen Wertefundament der Europäischen Union war für sie ausschlaggebend. Nach einer Anfangseuphorie sitzt der Schock durch die ökonomischen Umwälzungen jedoch so tief, dass diese neuen Bürger der Europäischen Union nur wenig Verständnis für die Probleme im Mittleren Osten oder in Afrika aufbringen. Auch verteidigungspolitisch sind die östlichen Partnerländer sehr auf die Bedrohungslage durch Russland fokussiert. Auf beiden Gebieten – Verteidigung und Wirtschaft – ist deren Enttäuschung zwar verständlich, sie darf jedoch nicht der Grund sein, einem unvernünftigen Diktat im Bereich Sicherheit oder Wirtschaft zu folgen. Wir sollten mit Russland nicht auf einen Konfrontationskurs nach dem Schema des Kalten Krieges gehen. Wir müssen vielmehr durch Dialog und Zusammenarbeit mit Russland handeln. Es gibt keinen anderen Weg. Was die Beziehungen zu den Ländern an der südlichen Grenze Europas betrifft, müssen die osteuropäischen Mitgliedstaaten verstehen, dass die südeuropäischen Länder nicht alleine für die Lösung der sicherheitspolitischen Herausforderungen im Mittelmeerraum verantwortlich sein können. Die ganze Europäische Union ist gefragt.

Daher ist es jetzt wichtig, dass Frankreich und Deutschland ihre Sicht hinsichtlich des strategischen Vorgehens im Osten und im Süden in Einklang bringen. Nur zusammen werden sie in der Lage sein, eine ausgewogene europäische Sicherheitspolitik durchzusetzen.

Um die Vision unseres neuen französischen Präsidenten tatsächlich umzusetzen, werden in den nächsten Monaten mehrere gemeinsame Vorschläge ausgearbeitet werden, darunter Grundlinien und Strukturreformen. Diese werden jedoch nur Früchte tragen, wenn Deutschland und Frankreich sich auf gemeinsame Zielvorstellungen einigen können. Nur so können wir die Verteidigungspfeiler der EU weiter ausbauen. Vielleicht ist sogar die Zeit für einen neuen Elysée-Vertrag gekommen.

Kontreadmiral (A.D.) Dipl. Ing. Jean-Claude Barrère ist Direktor der Charles de Gaulle Stiftung, und diente 37 Jahre in der französischen Marine. Er ist der Autor der Studie „Die Führungsphilosophie der Streitkräfte Frankreichs“ – Dr. Köster Verlag (2005).

PACTA SUNT SERVANDA

– KIPPT WASHINGTON DEN ATOMDEAL MIT TEHERAN, WIRD DIE WELT NOCH UNSICHERER

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung /
Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg



Nachdem er das unter seinem Vorgänger Barack Obama geschlossene Atomabkommen mit Teheran wiederholt als „Schande“ für die USA bezeichnet hatte, warf US-Präsident Donald Trump dem Iran Mitte Oktober erstmals explizit vor, gegen die Vereinbarung verstoßen zu haben. Nun liegt die Initiative beim US-Kongress, dessen beide Kammern (Senat, Repräsentantenhaus) republikanische Mehrheiten haben. Sollte der Kongress neue Sanktionen gegen Teheran verhängen, wird der Iran sich nicht mehr an seine Verpflichtungen aus dem Atomabkommen gebunden fühlen. Falls der Kongress sich nicht zu einer Verschärfung der Gangart gegenüber Teheran entscheiden sollte, besteht die Gefahr, dass Präsident Trump selbst das Abkommen außer Kraft setzt. Sollte Washington entweder durch neue Sanktionen oder durch eine präsidentielle Entscheidung ein Ende der Atomvereinbarung herbeiführen, würde nicht nur die ohnehin prekäre Krisensituation im Mittleren Osten weiter eskalieren, sondern auch eine diplomatische Beilegung des aktuellen Atomkonfliktes mit Nordkorea in noch weitere Ferne rücken. Fünf Gründe sprechen dagegen, den mühsam errungenen Kompromiss mit Teheran platzen zu lassen:



Pacta sunt servanda

Dem Abschluss des „Joint Comprehensive Plan of Action“ (JCPOA) im Juli 2015 in Wien gingen mehrjährige mühsame Verhandlungen zwischen den „P5+1“ (den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates und Deutschland) und Teheran voraus, in denen ungeachtet einiger nahezu unüberbrückbar scheinender Differenzen schließlich ein Kompromiss gefunden wurde: Der Iran musste sein Atomprogramm drastisch reduzieren und darf Kernenergie unter strenger internationaler Kontrolle lediglich zivil nutzen. Im Gegenzug wurden Anfang 2016 die internationalen Sanktionen gegen Teheran aufgehoben. Sollten die USA nun aus dieser im „P5+1“-Rahmen getroffe-

nen Vereinbarung aussteigen, würde Washington unilateral gegen das „Pacta sunt servanda“-Prinzip verstoßen und wäre international isoliert, zumal die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien dem Iran attestiert, die Vorgaben des JCPOA weitgehend einzuhalten.

Inneriranischer Machtkampf

Im inneren politischen Gefüge des Iran, das durch ein komplexes System konkurrierender Einflusszentren (Revolutionsgarden, Wächterrat, Expertenrat, Justiz, Parlament, Staatspräsident, Regierung etc.) mit dem Obersten geistlichen Führer als höchster Autorität gekennzeichnet ist, tobt seit langem ein erbitterter Machtkampf zwischen konservativen Hardlinern, Pragmatikern und Reformern. Gemeinsames Ziel der Westmächte der „P5+1“ war es, durch einen Durchbruch im Atomkonflikt und die damit verbundene Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran die moderaten Kräfte um Präsident Rohani und seinen westlich geprägten Außenminister Zarif in der Auseinandersetzung mit ihren radikal-konservativen Gegnern zu stärken. Tatsächlich konnte das Lager der Reformer und Pragmatiker bei den Parlamentswahlen im Februar 2016 klare Zugewinne verbuchen. Rohani selbst setzte sich bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 überraschend deutlich gegen seinen ultra-konservativen Herausforderer Raisi durch.

Sollten die USA jetzt einseitig aus dem Atomabkommen aussteigen und neue Sanktionen gegen Teheran verhängen, wäre dies Wasser auf die Mühlen der revolutionären, dem ideologischen Kampf gegen den „Westen“ verpflichteten Kräfte im Iran, deren Propaganda gegen den „großen Satan“ Amerika und seine Verbündeten neue Nahrung erhielt und deren Machtposition gegenüber moderaten Kräften gestärkt würde.

Wiederaufnahme des Anreicherungsprogramms durch Teheran

Eine weitere Konsequenz im Falle einer einseitigen Aufkündigung des JCPOA wäre, dass auch Teheran sich nicht mehr an die Abmachungen halten, den Inspektoren der IAEO weitere Kontrollen untersagen und vermutlich rasch sein Uran-Anreicherungsprogramm wiederaufnehmen würde. Von den ursprünglich drei möglichen Ausgangsszenarien des Atomkonfliktes mit Teheran (1. vertragliche Regelung, 2. militärische „Lösung“, 3. Überschreiten der Atomschwelle) blieben dann lediglich die Optionen 2 und 3, die beide mit einer dramatischen Eskalation der sicherheitspolitischen Lage am Persischen Golf sowie mit nahezu unkalkulierbaren Konsequenzen für die Gesamtregion des Mittleren Ostens verbunden wären.

Nuklearer Proliferationsschub

Während der Versuch, die nukleare Infrastruktur des Iran durch präventive Luftwaffenschläge zu zerstören, große Opferzahlen vor allem in der iranischen Zivilbevölkerung zur Folge hätte, würde das Überschreiten der Atomschwelle durch den Iran in anderen Staaten des Vorderen Orients als eine signifikante Veränderung des machtpolitischen Status quo gewertet. Deren Regierungen würden mit zusätzlichen Aufrüstungsprogrammen reagieren, wobei die Wahrscheinlichkeit, dass auch atomare Optionen erwogen würden, insbesondere bei dem mit Teheran zutiefst verfeindeten sunnitischen Königshaus in Riad durchaus als hoch einzustufen ist. Sollte der Iran in der Folge des Scheiterns des Atomabkommens tatsächlich Nuklearmacht werden, könnte dadurch ein nuklearer Proliferationsschub im gesamten Mittleren Osten ausgelöst und das nukleare Nichtverbreitungsregime endgültig Makulatur werden.

Konsequenzen für die Nordkorea-Krise

Ungeachtet individueller Merkmale der aktuellen Krise zwischen Washington und Pjöngjang um das nordkoreanische Atomwaffen- und Raketenprogramm besteht eine deutliche Parallele zwischen diesem Spannungsherd und dem Atomkonflikt mit Teheran in den (drei) Szenarien für die jeweilige Beendigung: Wie im Falle des Iran ist als Ausgang der ostasiatischen Krise nur 1. eine Beilegung auf dem Verhandlungsweg, 2. eine militärische Entscheidung oder 3. die Akzeptanz der

endgültigen Etablierung Nordkoreas als Atommacht denkbar. Eine militärische Option mit dem Ziel der nuklearen Entwaffnung Pjöngjangs muss angesichts der damit verbundenen Zigtausenden von Opfern und der zu erwartenden Eskalationsspirale ausgeschlossen werden. Ebenso inakzeptabel ist allerdings auch, dass die internationale Gemeinschaft weitgehend tatenlos zusieht, wie Nordkoreas Diktator Kim Jong-un sein Kernwaffen- und Raketenarsenal sukzessive ausbaut und in absehbarer Zeit über lückenlose nukleare Erst- und Zweitschlagsfähigkeiten verfügen würde.

Angesichts dieser Perspektiven ist eine diplomatische De-Eskalation der Krise umso dringlicher. Kim wird sich aber nur dann zu Verhandlungen über sein atomares Waffenprogramm und -arsenal bereit erklären, wenn er davon überzeugt ist, dass der Wert des über diplomatische Kanäle zu erzielenden Ergebnisses größer ist als der Schaden, den er riskiert, wenn er sich Verhandlungen verweigert. Die Kursänderung Chinas, das aufgrund von Nordkoreas Weigerung, die fieberhafte Weiterentwicklung seiner Kernwaffen- und Trägersysteme zu stoppen, zunehmend von seinem Verbündeten abrückt und sich sogar an UNO-Sanktionen gegen Pjöngjang beteiligt, könnte Kim ungeachtet seiner Hasstiraden gegen Washington zur Einwilligung zu Verhandlungen bewegen. Sollte Präsident Trump allerdings den Atomdeal mit Teheran kippen, würde damit gleichzeitig eine diplomatische Lösung des Atomkonfliktes mit Nordkorea unmöglich gemacht. Kim würde aus Washingtons Entscheidung zwangsläufig den Schluss ziehen, dass die USA mit einer eventuellen Atomvereinbarung mit Pjöngjang analog verfahren würden.

Anzeige

Querschnittliche Systemlösungen von Rohde & Schwarz

- Integrierte Kommunikation für Heer, Marine und Luftwaffe
- Funk- und Radaraufklärung
- Messtechnik
- Cyber-Sicherheit

Rohde & Schwarz wird im Auftrag des BMVg zukünftig die Streitkräftegemeinsame Verbundfähige Funkgeräteausstattung (SVFuA) liefern. SVFuA ist die erste Säule zur Digitalisierung der taktischen Kommunikation (MoTaKo) der Bundeswehr.

Weitere Informationen unter:
<https://signals.rohde-schwarz.com>

 **ROHDE & SCHWARZ**



DEUTSCHLANDS VERTEIDIGUNG EUROPÄISCH DENKEN



Erhard Bühler, Generalleutnant des Heeres der Bundeswehr und seit dem 1. Oktober 2014 Abteilungsleiter Planung im BMVg

Nach dem Ende des Kalten Krieges war Deutschland umgeben von Freunden, Russland wurde zum strategischen Partner und in vielen europäischen Ländern wurde die Friedensdividende eingefahren.

In der Konsequenz wurden Streitkräfte reduziert und Verteidigungsausgaben zurückgefahren. Insbesondere in Deutschland fokussierte man sich auf Stabilisierungsoperationen im Rahmen von Auslandseinsätzen. Diese, als wahrscheinlichste Einsätze angenommen, wurden zum bestimmenden Element in der Planung und Entwicklung der Bundeswehr. Die materielle Ausstattung und in Teilen auch Strukturen wurden danach ausgerichtet. Dies gelang aus Ressourcengründen nur zu Lasten der Fähigkeiten für die am wenigsten wahrscheinliche Aufgabe, die Landes- und Bündnisverteidigung.

Die letzten Jahre lehrten uns jedoch, dass einseitiges Ausrichten auf wahrscheinliche Einsätze zu erheblichen Nachteilen führt. Fähigkeiten, um schnell angemessene Antworten auf alle – auch durchaus überraschende – Entwicklungen anbieten zu können, sind nicht mehr durchgängig verfügbar.

Das komplexe und dynamische sicherheitspolitische Umfeld in Europas Peripherie setzt die internationale Ordnung und Stabilität weiter unter Druck. Aus einem latenten Konfliktpotenzial hatten sich rückblickend in rascher Geschwindigkeit zwei Krisenregionen an den Grenzen Europas entwickelt: fragile Staaten in unserem Süden und die Entwicklungen in unserer östlichen Nachbarschaft prägen heute noch die Lage. Auch die künftigen Herausforderungen für die europäische Sicherheitspolitik sind vielfältig und reichen, nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung, auch weiterhin über die Regionen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft hinaus. Beispielfähig stehen hierfür transnationaler Terrorismus, Bedrohungen im Cyber- und Informationsraum, zwischenstaatliche Konflikte, auch in Form von hybriden Bedrohungen, fragile bzw. zerfallende Staaten, weltweite Aufrüstung und Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Auswirkungen des Klimawandels und Radikalisierungspotenzial als Folge mangelnder Entwicklungsperspektiven in rasch wachsenden Gesellschaften.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat sich innerhalb der NATO der Blick auf die Verteidigungsaufgaben verändert. Der ursprüngliche Kernauftrag der NATO, der Schutz der territorialen Integrität ihrer Mitgliedsstaaten und damit die Kollektive Verteidigung, erfährt eine Renaissance. Deren Charakter hat sich jedoch gegenüber den Zeiten des Kalten Krieges

geändert. Es gilt, Kräftepotenziale durch schnell verfügbare Kräfte mit hoher Einsatzbereitschaft bereit zu stellen, die sowohl das konventionelle Feld abdecken, aber auch an der Grenze zwischen Krieg und Frieden in sogenannten hybriden Konflikten Antworten geben können.

Auch die EU hat reagiert und im Sommer 2016 eine neue EU Globalstrategie vorgestellt. Sie fordert ein stärkeres Europa in Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten, europäische strategische Autonomie sowie eine glaubwürdige, schnelle, effektive und reaktionsfähige gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Dabei wird auf eine enge, sich ergänzende Zusammenarbeit zwischen NATO und EU gesetzt. Insbesondere die Fähigkeitsentwicklung soll weiter synchronisiert und unter Nutzung von Synergien sollen gleichzeitig Duplizierungen vermieden werden.



Aus deutscher Sicht geht es für Europa neben der Stärkung der EU auch um eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO. Dies ist insbesondere aus Gründen der Lastenteilung mit Nordamerika, aus militärischen Gründen der Interoperabilität und auch aus rein pragmatischen Gründen der Effizienz wichtig.

Die enge Kooperation mit europäischen Partnerationen, vor allem unseren Nachbarstaaten, ist dabei besonders geeignet, in der gemeinsamen Fähigkeitsentwicklung auch langfristige Projekte realisieren zu können. Diese Kooperation ist die konsequente Fortschreibung der in der letzten Legislaturperiode initiierten Trendwenden in der Bundeswehr.

Innerhalb der NATO haben wir dazu die Initiative des Framework Nations Concepts (FNC) angestoßen, mit dem wir den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Deutschland übernimmt dabei als Rahmennation Verantwortung und er-

möglicht es weiteren Nationen, durch freiwillige Kooperation und gegenseitige systematische Abstimmung die NATO Planungsziele besser zu erfüllen. Denn die europäischen NATO Staaten haben durch die kontinuierliche Reduzierung ihrer Streitkräfte zunehmend die Fähigkeit zum Zusammenwirken in intensiven Verteidigungsoperationen größeren Maßstabs eingebüßt.

Neben der traditionell starken verteidigungspolitischen Kooperation innerhalb der NATO, gewinnt in diesem Bereich auch die EU zunehmend an Bedeutung. Von der gemeinsamen und rotationsweisen Übernahme der Führung in multinationalen Korps, bis zur tiefen Integration von Truppenteilen ist beispielhaft die Kooperation mit den Niederlanden zu nennen.

Die bewährte deutsch-französische Zusammenarbeit in der Fähigkeitsentwicklung erfährt in jüngster Vergangenheit ebenfalls wieder eine neue Dynamik: Die gemeinsame Beschaffung und Nutzung von Satelliten oder das Projekt Eurodrohne, das zusammen mit Frankreich, Italien und Spanien realisiert werden soll, sind nur zwei Beispiele für die Revitalisierung einer tiefgreifenden europäischen Zusammenarbeit. Auch aus industriepolitischer Sicht entsteht hier eine neue Dynamik, abzulesen am Beispiel der strategischen Kooperation zwischen den Rüstungsunternehmen KMW und NEXTER. In Europa hat unsere Zusammenarbeit mit Frankreich einen

besonderen Stellenwert und gewinnt als „Motor Europas“ besondere Bedeutung für die europäische Integration und die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheit und Verteidigung.

Die Verteidigung Europas benötigt eine starke, konkurrenzfähige, innovative, europäische, verteidigungstechnologische und -industrielle Basis. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag der EU-Kommission für einen Europäischen Verteidigungsfonds zu begrüßen.

Der Europäischen Verteidigungsagentur (European Defence Agency (EDA)) kommt dabei eine zentrale unterstützende Rolle zu. Sie ermöglicht eine noch intensivere Fähigkeitskoordination und Rüstungszusammenarbeit in der Europäischen Union. Eine Ausweitung der Kooperation durch mehr Koordination und verstärkte Transparenz der Fähigkeitsentwicklung im Bereich Verteidigung und der Verteidigungshaushalte zwischen den EU Mitgliedstaaten kann dabei nur ein erster Schritt sein.

Die zahlreichen Initiativen und Maßnahmen weisen in die richtige Richtung und sind geeignet, Europa unabhängiger als bisher in die Lage zu versetzen, für die Sicherheit seiner Bürger Sorge zu tragen.

Eine zukunftsfähige und in der Gesellschaft fest verankerte Bundeswehr wird dazu ihren Beitrag leisten.

Anzeige



Mit über 40 Jahren Erfahrung im Bau von Flugzeugen aus Faserverbundstoffen besitzt das in Bayern ansässige Unternehmen heute die Technologieführerschaft in diesem Segment und zählt zu den Weltmarktführern für Trainingsflugzeuge im zivilen und militärischen Bereich.

Die Kombination aus G 120TP mit Digital-Cockpit, G 120TP-Flugsimulator sowie dem maßgeschneiderten Computer Based Training System setzt neue Maßstäbe in der Ausbildung von Piloten. Annähernd 550 Trainingsflugzeuge sind derzeit weltweit im Einsatz.



MADE IN GERMANY. USED BY THE WORLD.



www.grob-aircraft.com

VON PHILIPP V. SALDERN, PRÄSIDENT CYBER-SICHERHEITSRAT DEUTSCHLAND E.V.



Philipp v. Saldern

Das Thema Digitalisierung hielt zuletzt verstärkt Einzug in die Wahlprogramme der Parteien. Jedoch mangelte es oftmals an konkreten Aussagen zu dem dafür notwendigen „Prozess-Enabler“ Cyber-Sicherheit, welcher einerseits integraler Bestandteil staatlicher Sicherheitspolitik, andererseits als das Rückgrat der Digitalisierung unabdingbar ist. Diese Unterrepräsentation lässt bereits auf einen notwendigen Ansatzpunkt für die kommende Regierung schließen. Zwar verbesserte sich unter anderem aufgrund aufsehenerregender Cyber-Vorfälle wie etwa WannaCry das (Gefahren)Bewusstsein für die bestehende Bedrohungslage innerhalb Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dennoch unterschätzen oftmals Mitarbeiter oder gar politische Entscheidungsträger, welche drastischen Folgen unbedachtes Onlineverhalten für das Netzwerk der Firma oder der Partei haben kann. Investitionen zur Steigerung des generellen Levels an Cyber-Hygiene sind somit weiterhin notwendig, zum Beispiel in Form von nachweispflichtigen, regelmäßig abzulegenden Schulungen zu IT-Sicherheit.

Neben dem Verweis auf Cyber-Gefahren bedarf es darüber hinaus einer Verstärkung der Hilfestellungen und IT-Schutzangebote des Staates gegenüber der Wirtschaft. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen wurden notwendige Kooperationsstrukturen zwischen Staat und Wirtschaft geschaffen, wenn auch nur für eine per Schwellenwerte klar definierte Gruppe an Betreibern solch systemrelevanter Versorgungssysteme. Für die erfolgreiche Umsetzung des Gesetzes ist demnach Flexibilität und Praktikabilität sowie die Teilhabe aller schützenswerter IT-Infrastrukturen gemäß eines holistischen Ansatzes essentiell. Gleichzeitig muss die bestehende Kooperation nicht als Einbahnstraße, sondern als reziprok gewinnbringend gestaltet werden. Grundvoraussetzung hierfür ist vor allem Vertrauen, welches etwa durch die Gewährleistung von Transparenz und offenem Dialog generiert werden kann. Ein möglicher Outcome einer vertrauensvollen Kooperation wäre abseits von Gesetzen die Erarbeitung eines Gütesiegels für smart items, welches einen gemeinsam definierten IT-Sicherheitsstandard attestiert. Das Internet der Dinge expandiert kontinuierlich - Schlagwörter wie Industrie 4.0,

Telemedizin oder smart cities – doch dessen Sicherheit hat bisher kaum Gewicht auf der politischen Agenda.

Dabei sind sichere nationale IT-Infrastrukturen Schutzziel einer effizienten, gesamtstaatlich organisierten Cyber-Sicherheitsarchitektur. Diese erfuhr vor allem mit der Aufstellung des Kommandos Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) der Bundeswehr im April 2017 eine signifikante Aufwertung, da somit im Bereich der Cyber-Verteidigung sämtliche IT- sowie Cyber-Kapazitäten mustergültig gebündelt wurden. Auch die Eröffnung der Zentralen Stelle für Sicherheit in der Informationstechnik (ZITiS) im September 2017 als Cyber-Unterstützungseinheit der deutschen Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste ist sicherlich ein Gewinn. Die große Herausforderung für den Gesetzgeber ist es allerdings, für klare Zuständigkeiten und Mandate – zum Beispiel hinsichtlich des offensiven Gebrauchs der Cyber-Kapazitäten („Hackbacks“) – innerhalb des bestehenden Institutionengeflechts zu sorgen.

Letztendlich hängt die Resilienz, sowie das Funktionieren der Cyber-Sicherheitsarchitektur generell, von der Beschäftigung ausgebildeter IT-Sicherheitsfachkräfte ab. Der in diesem Bereich herrschende Fight for Talents muss mit kurz- sowie langfristigen Maßnahmen angenommen werden.



Darunter fällt einerseits die Vernetzung von IT-Experten sowie die bereits beschriebene Förderung der sektorenübergreifenden Kooperation, andererseits die Anpassung von Lehrplänen und eine für ein Pflichtfach Informatik entsprechende Ausstattung aller Schulen.

Awareness, Kooperation, Aufgabenverteilung, Produkthaftung und Fachkräfteausbildung – diese Themen sind also für eine erfolgreiche Gestaltung des Politikfeldes Cyber-Sicherheit in der kommenden Legislaturperiode unverzichtbar.